



Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW - 40190 Düsseldorf

Bezirksregierungen
Arnsberg, Detmold, Düsseldorf,
Köln und Münster

nachrichtlich:

Ministerium des Innern des Landes
Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Landwirtschaft und
Verbraucherschutz des Landes
Nordrhein-Westfalen

Landesbetrieb Straßenbau
Nordrhein-Westfalen

Kalamitätsholz

**Ausnahmegenehmigungen gemäß § 70 Straßenverkehrs-Zulas-
sungs-Ordnung (StVZO) sowie Erlaubnisse und Genehmigungen
gemäß den §§ 29 Absatz 3 und 46 Absatz 1 Nummer 5 Straßenver-
kehrsordnung (StVO)**

Der Waldzustandsbericht 2024 zeigt, dass die Vitalität der Waldbäume in Nordrhein-Westfalen auch nach der Besserung der Witterungsbedingungen in den Jahren 2023 und 2024 kritisch ist. Eine Erholung von den Auswirkungen der vorausgegangenen Dürre- und Hitzejahre zeigt sich noch nicht. Um weitere Schäden durch Borkenkäferbefall zu verhindern, ist es auch im nächsten Jahr erforderlich, befallene Stämme schnellstmöglich aus den Wäldern abzutransportieren.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Schreiben vom 12.12.2024 gebeten, die bisher getroffenen Regelungen in dem derzeit bestehenden Ländererlass für den Transport von Kalamitätsholz für das Bundesland Nordrhein-Westfalen zu verlängern. Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und

192.12.2024

Seite 1 von 4

Aktenzeichen

58.88.05.09-001001

bei Antwort bitte angeben

RA Fränzel

Telefon: 0211 4566-155

Telefax: 0211 4566-

simon.fraenzel@munv.nrw.de

Umsatzsteuer

ID-Nr.: DE 306 505 705

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@munv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
oder Buslinie 722 (Messe)
Haltestelle Nordstraße



Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht daher den Transport von Kalamitätsholz mit einem erhöhten Zuggesamtgewicht, auch wenn es sich grundsätzlich um teilbare Ladung handelt. Klarstellend wird daraufhin gewiesen, dass dieser Erlass eine Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO nicht ersetzt.

Im Einzelnen gelten folgende Regelungen:

I. Für Transporte, die vollständig oder zum Teil auf der Bundesautobahn durchgeführt werden:

1. Die Zulassung ist für ein Zuggesamtgewicht von bis zu 44 t möglich, die Gesamtlänge ist auf maximal 23 m (Fahrzeug und Ladung) zu begrenzen; die Vorschriften für die Achslasten sind einzuhalten.
2. Die technische Eignung der Fahrzeuge muss durch Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr oder durch einen bereits in die Fahrzeugpapiere vorgenommenen Eintrag nachgewiesen werden. Die entsprechenden Nachweise sind mitzuführen.
3. Transporte dürfen nur vom Einschlagort (Wald) zu zentralen Lager- und Umschlagplätzen bzw. Holz verarbeitenden Betrieben durchgeführt werden.
4. Die zuständige höhere Verwaltungsbehörde kann mit der Ausnahme gemäß § 70 StVZO zugleich eine allgemeine Dauererlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO erteilen. Dabei können Auflagen und weitere Bedingungen – insbesondere auch zur Verkehrssicherung am Einschlagort und zur Entfernung von dort durch die Verladung ggf. verursachten Verschmutzungen – festgelegt werden. Ein Anhörverfahren ist in diesen Fällen nicht erforderlich.



5. Die Transporteure sollen dazu verpflichtet werden, dass sie in eigener Verantwortung die Eignung des geplanten Fahrweges prüfen.

II. Für Transporte, die vollständig außerhalb der Bundesautobahn durchgeführt werden:

1. Die Zulassung ist für ein Zugsgesamtgewicht von bis zu 44 t möglich; die Vorschriften für die Achslasten sind einzuhalten.
2. Die technische Eignung der Fahrzeuge muss durch Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr oder durch einen bereits in die Fahrzeugpapiere vorgenommenen Eintrag nachgewiesen werden. Die entsprechenden Nachweise sind mitzuführen.
3. Transporte dürfen nur vom Einschlagort (Wald) zu zentralen Lager- und Umschlagplätzen bzw. Holz verarbeitenden Betrieben durchgeführt werden.
4. Die zuständige höhere Verwaltungsbehörde kann mit der Ausnahme gemäß § 70 StVZO zugleich eine allgemeine Dauererlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO erteilen. Dabei können Auflagen und weitere Bedingungen – insbesondere auch zur Verkehrssicherung am Einschlagort und zur Entfernung von dort durch die Verladung ggf. verursachten Verschmutzungen – festgelegt werden. Ein Anhörverfahren ist in diesen Fällen nicht erforderlich.
5. Die Transporteure sollen dazu verpflichtet werden, dass sie in eigener Verantwortung die Eignung des geplanten Fahrweges prüfen.
6. Für den Bereich der Landes Nordrhein-Westfalen gilt, dass die in im Langholzerlass getroffenen Vereinfachungen auch für den Transport von Kalamitätsholz gelten.

III. Weitere Bestimmungen



1. Die in dem Erlass getroffenen Vereinfachungen finden keine Anwendung, wenn das laut Erlass zulässige Zugsgesamtgewicht von 44 t oder die zulässige Gesamtlänge überschritten wird. Es gelten dann die allgemeinen Regelungen zu Großraum- und Schwertransporten.
2. Für den Bereich des Landes Hessen gelten die Regelungen dieses Erlasses unter der Maßgabe eines Gesamtgewichts von 44 t bei einer Gesamtlänge von 23 m (Fahrzeug und Ladung), auch für Transporte die vollständig außerhalb der Bundesautobahn durchgeführt werden.
3. Die in diesem Erlass getroffenen Regelungen sind für den Bereich der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen bis zum 31.12.2025 anzuwenden.

Aufhebung Erlasse:

Den Erlass vom 14.12.2023 mit dem Aktenzeichen 58.88.05.09-000001, hebe ich hiermit auf. Die Ergänzungserlasse vom 20.12.2023 und vom 27.05.2024 mit dem Aktenzeichen 58.88.05.09-001001 hebe ich hiermit ebenfalls auf.

Im Auftrag

gez.

Günther Karneth